

## Rückblick Symposium „Integration durch Bildung – aktuelle Herausforderungen und Perspektiven“

Von Freitag bis Samstag (30. - 31.1.2016) fand an der Universität Passau das Symposium



„Integration durch Bildung – aktuelle Herausforderungen und Perspektiven“ statt. Es wurde von uns - den Stipendiatinnen und Stipendiaten der Regionalgruppe der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw) - in Kooperation mit der Weltwärts in Deutschland (WinD)-Hochschulgruppe ausgerichtet. An zwei Tagen wurde in verschiedenen Formaten diskutiert, wie die Integration von Geflüchteten in der Region gefördert werden kann: Im Rahmen einer öffentlichen Podiumsdiskussion sowie in 4 verschiedenen Workshops.

Bei der von unserem Vertrauensalumnus Dr. Christian Dölle moderierten Podiumsdiskussion am ersten Tag waren sich die Diskutanten Frau Prof. Dr. Carola Jungwirth, Prof. Dr. Ursula Reutner, Frau Sonja Sibbor-Heißmann (ev. Studierendenpfarrerin), Frau Linda Jaculi (LMU München) und der Jurist Herr Mohammad Aref Khalid Ahmadi schnell einig, was die wichtigste Grundlage für Integration ist: Ein schneller Erwerb von Deutsch als Zweitsprache. Die Beherrschung der Sprache sei für ein erfolgreiches Miteinander und die Teilhabe an weiterer Bildung und am Arbeitsmarkt unerlässlich. In Passau gibt es diesbezüglich bereits zahlreiche Angebote von ehrenamtlichen Deutschlehrern und Sprachpaten, jedoch wurde auf dem Podium betont, dass dies nicht alleinige Aufgabe Ehrenamtlicher sein kann, sondern zusätzlich bestehende staatlich finanzierte Strukturen ausgebaut werden sollten.

Schnell wurde in der Diskussion deutlich, dass neben der Sprache auch die interkulturelle Bildung entscheidend ist – und zwar nicht nur für Geflüchtete. Herr Ahmadi, der selbst vor einigen Jahren aus Afghanistan nach Deutschland geflüchtet ist, gelangte zu der Einschätzung, dass Integration nicht nur Regierungssache sein könne, sondern dass persönlicher Kontakt zu Menschen sehr wichtig sei. Sowohl Flüchtlinge als auch Helfer bräuchten jedoch interkulturelle Trainings, um sich gut begegnen zu können. Auch für Arbeitgeber, die Geflüchtete anstellen oder ihnen einen Ausbildungsplatz bieten, ist besonders interkulturelle Kompetenz und oft Geduld gefragt. Beratung erhalten Arbeitgeber hier von der IHK und dem Projekt „FAM-Potentiale nutzen“ des Wirtschaftsforums Passau ([http://www.wifo-passau.de/willkommen-fam-potentiale-nutz.../...](http://www.wifo-passau.de/willkommen-fam-potentiale-nutz.../.../)). Frau Linda Jaculi wies zusätzlich auf Probleme beim Übergang auf den Arbeitsmarkt hin: Obwohl ein gesetzlicher Anspruch auf Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen besteht, komme es bei dessen Umsetzung oft zu Problemen: Eine uneinheitliche Praxis (d.h. welche Berufe in Deutschland „gewollt“ und anerkannt werden), sei oft auch politisch bedingt. Herr Ahmadi ergänzte, dass jedoch viele Flüchtlinge lieber in die großen Städte weiterzögen, weil sie sich dort bessere Chancen erhoffen und in Passau auch zu wenig Sprachkurse angeboten würden. So ist Passau für viele „nur“ eine Durchreisestation und es geht Potential für die Passauer Region verloren.

Neben der zukünftigen Rolle der Wirtschaft bei der Integration von Geflüchteten in der Region wurde auch die der Universität Passau angeregt diskutiert. Die Frage, die sich den Podiumsgästen und auch dem Publikum stelle, lautete: Inwieweit spielt die Universität Passau eine Rolle in der Integration? Das Publikum forderte an dieser Stelle mehr Engagement und Entgegenkommen der Universität. Frau Prof. Jungwirth, die zukünftige Präsidentin der Universität Passau, machte deutlich, dass Akuthilfe und Sprachkurse aus ihrer Sicht nicht Aufgabe der Universitäten seien. Einen Beitrag zu einer besseren Integration von Flüchtlingen durch Bildung könnte die Institution Universität aber bei der Lehrerbildung leisten, z.B. durch die Einrichtung von Professuren für Deutsch als Fremdsprache. Dies seien langfristige und auch nachhaltige Investitionen, die allerdings auch



politisch gewollt werden müssten - konkret wurde die Einrichtung eines solchen DaF-Lehrstuhls an der Universität Passau mehrfach nicht genehmigt und könnte kurzfristig nur durch die Umwidmung von Mitteln geschaffen werden - also durch Streichung eines anderen Lehrstuhls, was wiederum interne Probleme aufwirft.

Für Flüchtlinge mit einer Hochschulzugangsberechtigung, deren sprachliche Kenntnisse bereits ausreichen, machte Prof. Reutner auf das Gaststudierendenprogramm der Uni Passau aufmerksam. Das Ziel der Uni, die Internationalisierung voran zu treiben, gehe hier Hand in Hand mit dem Ziel der Integration durch Bildung; auch eine Beratungsstelle für Interessenten wurde eingerichtet. Aus dem Publikum bestätigte Frau Dr. Stefanie Wehner, dass eine reguläre Immatrikulation bevorzugt angestrebt werde, denn nur so könnten auch ECTS-Punkte erworben werden. In Passau sind laut Prof. Jungwirth vor allem Wirtschafts- und Informatikstudiengänge unter studienwilligen Flüchtlingen beliebt, sowie auch die Development Studies. Englischsprachige Kurse böten hier eine gute "Andock"-Möglichkeit. An der kleinen Passauer Uni könnten Studierende sogar leichter integriert werden, vermutete Prof. Reutner, obwohl an der LMU München mehr Möglichkeiten bestünden, regulär und vielfältigere zu Fächer studieren, wie Linda Jaculi berichtete.

Studierendenpfarrerin Sonja Sibbor-Heißmann nahm die öffentlichen Träger in die Pflicht, mehr Sprachkurse für Flüchtlinge zu ermöglichen; diese wichtige Aufgabe könne nicht nur an Ehrenamtliche "ausgelagert" werden. Zugleich betonte sie aber, dass das Sprachkursprojekt der ESG eine "win/win" Situation sei, denn Lernen sei keine Einbahnstraße - auch alle als "Deutschlehrer" tätigen Studierenden profitierten in vielfältiger Weise. Allerdings kann die ESG keine offiziellen Zeugnisse ausgeben und hat auch keine ausgebildeten DaF-Lehrer zur Verfügung, so dass auch hier deutlich wurde, dass politische und rechtliche Aspekte die ehrenamtliche Arbeit erschweren können. Von der Universität werden Räume für das Projekt gestellt, und immerhin wurde das Projekt im Januar auch von der bayrischen Landesregierung gewürdigt. Frau Jungwirth kommentierte, dass DaF-Lehrer auch am Sprachenzentrum der Universität nicht vorgesehen und budgetiert sind - hier müsse endlich auch von politischer Seite die Einsicht kommen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und entsprechende Bildungsangebote auch finanziert werden.

### **Praktische Lösungsansätze: Das Programm am Samstag**

Nachdem im Laufe der Podiumsdiskussion viele Probleme und Herausforderungen deutlich wurden, wurden am zweiten Tag in vier verschiedenen Workshops lösungsorientierte Ansätze diskutiert und beispielhaft Projekte präsentiert.

Im Workshop "Online-Studium statt Wartezeit – das Modell von Kiron Open Higher Education" stellte Florian Rampelt den Ansatz der Kiron Open Higher Education Plattform (<https://kiron.university/>) vor. Dieses Projekt setzt an der aufgeworfenen Problematik der fehlenden Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen an und hilft studienwilligen Flüchtlingen auf dem Weg ins Regelstudium in Deutschland.

Die interkulturelle Problematik bei der Flüchtlingshilfe durch Freiwillige wurde von den Teilnehmenden um Frau Dr. Maletzky (Lehrstuhl für Interkulturelle Kommunikation) unter dem Titel "Herausforderung der fluchtinduzierten Zuwanderung - Stellschrauben für den Erfolg zivilgesellschaftlichen Engagements" erörtert. Frau Maletzky sprach u.a. folgende Herausforderungen an: Die empfundene oder befürchtete „Kulturdistanz“ zwischen Flüchtlingen und Gastgesellschaft, unrealistische Erwartungen und Unkenntnis, die zu Frustrationen und Enttäuschungen führen



können, ein Mediendiskurs, in dem sich viele nicht wiederfinden, und eine fehlende Supervision von Helfenden, die bei Konflikten keinen Rat bekommen und teilweise gefährdet sind, auszubrennen. Realistische Erwartungen an sich selbst und den Anderen sind also eine wichtige Voraussetzung! Nach der Kontakthypothese (Amir 1969) identifizierten die Teilnehmenden Erfolgsfaktoren und Gefahren für eine gelungene Integration; wichtigster Punkt ist, dass kein Helfer-Opfer-Gefälle entsteht, sondern dass beide Seiten gleichberechtigt beitragen. In diesem Sinne wurde auch Mitleid problematisiert, denn die Erwartung von Dankbarkeit führt häufig zu Konflikten.

Die rechtliche Seite wurde von Frau RA Maria Kalin thematisiert; sie gab einen "Einblick ins Asylrecht" und informierte die Teilnehmenden über die aktuelle rechtliche Lage von Flüchtlingen in Deutschland und zu erwartende Entwicklungen des Asylrechts. Durch ihre Arbeit in einer auf Asylrecht spezialisierten Passauer Kanzlei konnte sie zudem auch direkt aus der Praxis vor Ort berichten und Verständnis fördern.



Diana Daubner und Lena Kessel, zwei ehrenamtliche Deutschlehrerinnen vom ESG-Deutschkursprojekt (<http://esg-passau.de/deutschkurse/>), stellten ihre Tätigkeit vor und diskutierten mit den Teilnehmenden über "Chancen und Grenzen von ehrenamtlichem Sprachunterricht". In einer Übung auf Arabisch für die deutschen Teilnehmenden wurde eindrücklich klar, was für eine großartige Leistung die Lernenden in den Sprachkursen erbringen und wie viel auch die LehrerInnen lernen können. Zu Beginn des nächsten Semesters werden wieder Studierende für das Projekt gesucht, alle Deutsch Sprechenden können mitmachen!

Das Fazit des Symposiums ist, dass Bildung ein sehr wichtiger Baustein bei der Integration von Geflüchteten ist. Diese kann gelingen, wenn sowohl auf politischer als auch zivilgesellschaftlicher Ebene Anstrengungen unternommen werden. Der Staat sollte notwendigen Rahmenbedingungen im Bildungssektor schaffen und finanzielle Mittel bereitstellen, sodass das Engagement für ein menschliches, multikulturelles Miteinander nachhaltig in der Gesellschaft verankert werden kann. In Passau bestehen bereits einige Projekte, die diese Integration aktiv fördern. Jedoch trägt dieses Engagement derzeit hauptsächlich die Zivilgesellschaft, während Institutionen wie zum Beispiel die Universität oder die Stadt an ihre Grenzen kommen. Ein Seminarprojekt von Frau Dr. Martina Maletzky des Lehrstuhls für Interkulturelle Kommunikation wird ab dem Sommersemester das Engagement von Studierenden fördern und damit einen Schritt in Richtung beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Universität und Zivilgesellschaft gehen.